

# #PohlerMail

Maximilian Pohler, CDU-Kreisvorsitzender

Braunschweig, den 24. September 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der CDU Braunschweig,

es vergeht kaum ein Monat, in dem es keine schlechten Nachrichten über die Situation der deutschen Wirtschaft gibt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet in einem aktuellen Report für Deutschland im Gegensatz zu allen anderen EU-Staaten mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung in diesem Jahr. Der einstige „Export-Weltmeister“ schwächelt, so heißt es in der Analyse der Wissenschaftler, weil es der Ampel und dem grünen Wirtschaftsminister Habeck nicht gelänge, „verlässliche Weichenstellungen“ vorzunehmen. Deutschlands Konjunktur ist längst kein Motor mehr für die EU, sondern eine Belastung. Es wird Zeit für einen Aufbruch mit einer CDU-geführten Bundesregierung. Friedrich Merz ist genau der richtige Kanzlerkandidat! Die Union muss jetzt geschlossen in den Wahlkampf gehen und sollte sich Koalitionsdiskussionen vor der Wahl ersparen. Wir kämpfen für eine möglichst starke Union.

## Volkswagen in der Krise

Volkswagen gehört zu Braunschweig wie der Löwe auf dem Burgplatz. Der Welt-Konzern ist in raues Fahrwasser geraten. Es ist eine Illusion, dass der riesige Tanker VW ohne einschneidende Veränderungen diese Krise bewältigen könnte. Eine Lücke von fünf Milliarden Euro will der Vorstand noch in diesem Jahr schließen. Die Gründe für die Krise sind vielschichtig. Das Management hat Fehler gemacht. In erster Linie durch eine verfehlte Modellpolitik mit zu wenigen erschwinglichen Volumenmodellen, man hat sich fast ausschließlich auf E-Mobilität fokussiert und den Diesel-Abgasskandal zu verantworten. Neben dem Vertrauen der Kunden kostete allein der Diesel-Skandal den Konzern bislang rund 32 Milliarden Euro.

Aber es waren nicht nur Fehler des Konzerns, sondern auch solche der Politik. Denn der Standort Deutschland ist zu unattraktiv geworden. Dass der Industriestrompreis nicht längst in Sack und Tüten ist, ist ein Grund für die hohen Kosten. Gerade in der Herstellung von Elektrofahrzeugen und deren Akkus wird ein Vielfaches an Energie benötigt im Vergleich zum klassischen Verbrenner. Bürokratiewahnsinn, überbordende Vorschriften zur Arbeitssicherheit, zum Datenschutz oder zur Produkthaftung belasten unsere Unternehmen.

Die Streichung des Umweltbonus für E-Autos oder das politisch gewollte Verbot von Verbrennern ab 2035 sind weitere Gründe. All das hilft einer Branche nicht, die sich ohnehin im Wandel befindet und einen systemischen Wettstreit mit dem größten Rivalen namens China ausfechtet. Selbst wenn man die Förderung von E-Autos kritisch sieht, hat die Einführung und sodann kurzfristige Streichung zu einer massiven Verunsicherung bei den Käufern geführt. So macht man keine Wirtschaftspolitik.

Und auch in den Kommunen treiben diejenigen die Krise der Automobil-Konzerne voran, die ständig die öko-soziale Verkehrswende fordern und damit eigentlich das Verbot des Autos meinen, ganz gleich, wie das Auto angetrieben wird. In den Innenstädten wollen die Grünen keine Autos mehr, sie rationieren die Parkplätze, sie bauen irrsinnige Velorouten. Dass die Menschen den Spaß und die Lust am Auto verlieren, ist das erklärte Ziel von Grünen und mächtigen Fahrradverbänden.

Aber der Blick zurück hilft nicht, um VW wieder auf die Erfolgsspur zu setzen. Um möglichst viele Arbeitsplätze kurzfristig zu sichern, sind jetzt auch der Betriebsrat und die IG Metall gefordert, konstruktive Lösungen zu suchen, statt nur Widerstand anzukündigen und Forderungen zu stellen. Dank eines Lohnverzichts und der 4-Tage-Woche gelang in den 1990er-Jahren schon einmal der Turnaround. Es folgten dank Ferdinand Piëch goldene Jahrzehnte für den Konzern.

Wir in Braunschweig können politisch etwas tun: Am Ende kommt es nämlich auch auf die Standortattraktivität an. Es ist unsere politische Aufgabe, dem Volkswagen-Konzern ein geeignetes Umfeld zu bieten, indem wir z. B. die Hafenbahn bauen, Wohnraum schaffen, Testfelder für die Zukunftsmobilität ausweiten, die Verkehrsinfrastruktur ertüchtigen und vieles mehr. Unternehmen entscheiden sich nicht aus Spaß oder aus „Tradition“ für einen Standort, sondern aufgrund von harten Fakten, die ihnen im Wettbewerb Vorteile bringen.

## Überschuldung der Stadt

Nahezu ungebremst steuert die Stadt Braunschweig bis zum Jahr 2027 auf eine Rekordverschuldung von mehr als einer Milliarde Euro zu. Die Haushaltspolitik von Oberbürgermeister Dr. Kornblum (SPD) und der rot-grünen Ratsmehrheit kostet die Stadt perspektivisch jeglichen Handlungsspielraum und stellt eine unzumutbare Belastung für künftige Generationen dar. Ein echtes Sparprogramm sucht man vergebens. Denn sowohl SPD als auch Grüne rücken von Prestige-Projekten nicht ab.

Die Folge wird sein, dass die massive Verschuldung ungebremst weitergeht. Das katastrophale Erbe, das Rot-Grün 2001 dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann und der CDU/FDP-Ratsmehrheit mit 469 Millionen Euro hinterlassen hatte, wurde in einem Jahrzehnt durch Sparprogramme, Teilprivatisierungen, Baulandausweisungen und neuen Gewerbegebieten mit der Folge von höheren Einkommens- und Gewerbesteuererträgen abgebaut. Braunschweig galt deutschlandweit als haushaltspolitisches Vorbild.

So ein Kraftakt lässt sich nicht wiederholen. Wir wollen kein Sparen um jeden Preis, denn dadurch würde am Ende nur ein noch größerer Sanierungsstau entstehen und nicht in die Zukunft der Stadt investiert. Was wir wollen, sind gezielte Investitionen und keine Klientelpolitik mit der Gießkanne. Unser aktueller Einsparvorschlag ist es, dass Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernats nach dem angekündigten Rückzug von Holger Herlitschke (Grüne) aufzulösen und die Aufgabenbereiche den verbleibenden Dezernaten zuzuordnen. Es ist das Gebot der Stunde, in den städtischen Strukturen zu sparen. Wir brauchen eine Haushaltspolitik mit Augenmaß.

Herzliche Grüße

Ihr Maximilian Pohler